

ZEITUNG
FÜR DIE
SÜDPFALZ

Pfälzer Tageblatt

KURZ NOTIERT

**Landrat: Kita-Sondermittel
„Tropfen auf den heißen Stein“**



SÜW. Landrat Dietmar Seefeldt (CDU) freut sich über die zusätzlichen Fördermittel, die für Bauprojekte in Kitas gewährt wurden. Das Land hat diese Woche mitgeteilt, über ein Sonderprogramm weitere 40 Millionen Euro bereitzustellen. „Vor allem begrüße ich die Einsicht, dass jetzt auch Erweiterungen und Sanierungen vom Land gefördert werden“, teilt Seefeldt auf Anfrage der RHEINPFALZ mit. Denn selbstverständlich seien diese Maßnahmen, die in zahlreichen Ortschaften des Landkreises SÜW ergriffen wurden und werden, oft auf das neue Kita-Gesetz zurückzuführen. Seit Sommer 2021 sind Kommunen und Träger der Einrichtungen gefordert, mehr Platz in den Kindertagesstätten zu schaffen. Seitdem wird Eltern eine durchgehende siebenstündige Betreuung und eine Mittagsverpflegung ihrer Kinder garantiert. Nun trägt die Landesregierung diesem Aufwand an der Basis Rechnung. Bislang beteiligte sie sich vor allem dann an Kosten, wenn in den Kitas neue Betreuungspunkte geschaffen wurden. Durch das Sonderprogramm werde nun den Kommunen zusätzlich geholfen, was er in den vergangenen Monaten aber mehrfach gefordert hatte. Nichtsdestotrotz sei die angekündigte Fördersumme „gerade mal ein Tropfen auf den heißen Stein“, angesichts der Millionenbeträge, die die Ortsgemeinden und Städte für diese Aufgabe in die Hand nehmen müssen. Im Landkreis SÜW müssten mehr als die Hälfte der über 70 Einrichtungen wegen des neuen Kita-Gesetzes im Land in irgendeiner Form umgebaut werden. [arh/Symbolfoto: Sven Pförtner/dpa]

Autoknacker schlagen erneut in Herxheim zu

HERXHEIM. Autoknacker schlagen derzeit vermehrt in Herxheim zu. Nachdem die Polizei bereits am Dienstag zwei Aufbrüche im Großdorf meldete, berichtet sie am Mittwoch direkt vom nächsten. An einem in der Pirminiusstraße abgestellten Fahrzeug wurde in der Zeit zwischen Sonntag und Dienstag die hintere Seitenscheibe an der Beifahrerseite eingeschlagen. Neben Zigaretten wurde aus dem Auto ein kleiner Bargeldbetrag gestohlen. Der Sachschaden wird auf 700 Euro geschätzt. Hinweise nimmt die Polizei Landau unter Telefon 06341 2870 oder per E-Mail an pilandau@polizei.rlp.de entgegen. [rhp/cde]

ADVENTSKALENDER

Die Wehrkirche St. Martin in Dörrenbach



Genau rekonstruieren lässt sich die Entstehungsgeschichte des Gotteshauses nicht, das sich unter dem Dach versteckt, das wir gestern gezeigt haben. Die Rede ist von der Wehrkirche St. Michael in Dörrenbach, deren ältester Teil der Unterteil des Chorraumes ist. Er stammt aus der Zeit um 1300, die Teile darüber sind der Spätgotik im 16. Jahrhundert zuzuordnen. Der große Turm diente in früheren Zeiten auch der Verteidigung. Eine Rarität ist das kleinere Treppentürmchen mit dem Lichtkerker, dessen einfallendes Licht zum Gebet für die Toten ermahnen sollte. Im Inneren befinden sich Wandmalereien aus dem 14. und 15. Jahrhundert, die bei der Restaurierung im Jahr 1953 wieder sichtbar gemacht wurden. Die Wehrkirche ist seit 1684/85 eine Simultankirche. Protestanten und Katholiken teilen sich sowohl den Altar als auch die Sakristei.

An Heiligabend feiert die protestantische Kirchengemeinde Dörrenbach-Oberrotterbach in der Wehrkirche um 16 Uhr einen Familiengottesdienst mit Krippenspiel mit Pfarrer i. R. Klaus Rothe. [rhp/Foto: van

GERMERSHEIMER RUNDschau

Die Bauern laufen Sturm

„Totalausfall der Politik, Sauerei, Katastrophe“ – Landwirte und Winzer aus der Südpfalz sind stinksauer wegen der geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Sie rechnen mit Tausenden Euro Mehrausgaben im Jahr. Das wollen sie sich nicht bieten lassen.

VON SONJA PFUNDSTEIN-BRINKOP

SÜDPFALZ. Normalerweise beträgt die Steuer für den Liter Diesel 47 Cent. Bei den Landwirten hat der Staat bisher auf rund 21,5 Cent davon verzichtet. Heißt, die Bauern bekamen bisher für den Agrardiesel pro verbrauchtem Liter 21,5 Cent zurückerstattet, wenn sie dafür jährlich einen Antrag gestellt haben. Die Kfz-Steuer musste bisher mit der Begründung, dass landwirtschaftliche Fahrzeuge im Wesentlichen nicht auf öffentlichen Straßen unterwegs sind, nicht entrichtet werden. Beides soll ab dem kommenden Jahr wegfallen, wie aus dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung hervorgeht.

„Es ist eine Sauerei und eine Katastrophe“, sagt der Weinbaupräsident und Vizepräsident der Bauern und Winzer der Pfalz, Reinhold Hörner aus Hochstadt. Er ist als Landwirt selbst betroffen, bewirtschaftet 140 Hektar Land mit Acker- und Weinbau und schätzt seine Mehrausgaben auf mehrere Zehntausend Euro. „Ich bin enttäuscht und sauer, das Geld fehlt den Bauern und Winzern für Investitionen“, sagt er resigniert zu diesem „super schönen Weihnachtsgeschenk“. Zudem sei es ja nicht das einzige, was im kommenden Jahr zu Buche schlägt. Unter anderem käme noch die höhere Lkw-Maut dazu. Die Landwirte müssten dann für die Anlieferung von Waren mit einem Lastwagen, die derzeit schon 300 Euro Mautgebühren koste, das Doppelte bezahlen. „Das betrifft letztendlich auch die Verbraucher“, so Hörner. Er vertritt rund 3500 Winzer und 1000 Landwirte. „Ich bekomme sehr viele Nachrichten zum Thema, alle sind stinksauer“, bringt er die Stimmung unter den Landwirten auf einen Nenner.

„Die Kollegen in Berlin waren aufgewühlt und verärgert“, schildert Jonas Jung aus Niederhorbach seine Eindrücke von der großen Demonstration der Bauern in Berlin am vergangenen Montag. Mit 21 Jahren habe er als Junglandwirt dabei sein wollen, sagt er zu seiner Motivation. Die Anzahl der Teilnehmer schätzt er auf 6000 bis 7000 Landwirte. „Es wären garantiert noch viel mehr gekommen. Viele sind daheim geblieben, weil sie noch ernten müssen oder Tiere zu versorgen haben“, so Jung, der zurzeit die Meisterschule



Bei einer Demo in Berlin machten auch Südpfälzer Bauern ihrem Ärger Luft.

SYMBOLFOTO: FABIAN SOMMER/DPA

mit dem Abschluss „Wirtschafter für Landwirtschaft“ in Kupferzell besucht. 120 Hektar umfasst der elterliche Betrieb mit Ackerbau und einem kleinen Teil Weinbau. Das Projekt von Jonas Jung sind 1000 Legehennen in Freilandhaltung. Der Betrieb besitzt zehn landwirtschaftliche Fahrzeuge, Dieserverbrauch rund 25.000 Liter pro Jahr. Fallen die Subventionen wie geplant weg, bedeutet das Mehrausgaben von mindestens 6000 Euro im Jahr. „Wenn wir wetterbedingt eine schlechte Ernte haben oder das

—ANZEIGE—

Einkaufen?
Gugg mol do!

visawie
alles von do

ausländische Getreide billiger ist, reißt es ein großes Loch“, erklärt der Jungbauer. Sollte die Gesetzesänderung nicht zurückgenommen werden, will er bei der nächsten Demonstration ebenfalls dabei sein.

Richtig sauer ist Felix Schönung vom Viehstrichhof in Kapsweyer. Er führt einen der größten Grünlandbetriebe in der Südpfalz mit mehr als 500 Schafen und Ziegen. Mit bis zu 8000 Euro werden bei ihm die Streichung der Agrardieselvergütung und die Einführung der Kfz-Steuer zu Buche schlagen. „Die Landwirte müssen jetzt die Löcher in Berlin stopfen“, schimpft er. Zumal der Treibstoff auch jetzt schon mit 1,70 Euro nicht billig sei. Dieser Preis fällt ohne die Steuerermäßigung komplett an, bisher waren es 21,5 Cent weniger. Familie Schönung wohnt an der französischen Grenze. „Die Franzosen fahren mit Heizöl für 70 Cent“, sagt er. Er versteht überhaupt nicht, warum gerade die Bauern so heftig belastet werden.

„Als Viehhalter arbeite ich 365 Tage im Jahr für die Ernährung“, sagt er. Schönung glaubt, viele hätten noch nicht verstanden, wie wichtig Landwirtschaft vor Ort ist. Zudem sei es ja nicht die einzige Belastung, die Futtermittelpreise seien ebenfalls gestiegen. Die Preise für die Erzeugnisse der Landwirte eher nicht. Als Erzeuger bekomme er für ein Kilo Lammfleisch rund sieben Euro, im Supermarkt koste es dann mindestens 12 bis 14 Euro.

Anbau bestimmter Gemüsesorten eingestellt

„Ich fahre mit nach Mainz, wenn es im Januar dort eine Demonstration geben sollte, das ist dann meine erste Demo“, sagt Junglandwirt Nico Döllinger aus Oberschlettenbach. Er regt sich über eine Politik auf, die er als Totalausfall bezeichnet. „Jetzt sollen auch die Landwirte für eine dilettantische Haushaltsführung mit bezahlen.“ Rund 100 Rinder,

Hühner und Schweine hält Döllinger auf 70 Hektar Land. Mit rund 7000 Euro mehr rechnet er im kommenden Jahr. Und weist darauf hin, dass die Einführung der Kfz-Steuer finanziell weit dramatischer sei, weil sie auch für Hänger im landwirtschaftlichen Betrieb gelten würde. „Ein 200-PS-Schlepper kostet rund 200 Euro im Jahr“, nennt er ein Beispiel. Er selbst besitzt sieben landwirtschaftliche Fahrzeuge.

„Es ist ein großer Einschnitt und fast nicht mehr tragbar für unseren Berufsstand“, sagt Michael Eichenlaub aus Herxheim. Er bewirtschaftet mehr als 100 Hektar, davon ein Drittel mit Gemüse. Mit zwölf landwirtschaftlichen Fahrzeugen und einem Verbrauch von rund 70.000 Litern Diesel wird auch er die Erhöhungen spüren. Allein rund 15.000 Euro nur für den Treibstoff. Zumal, wie er sagt, er die Preise nicht bestimmen könne, das tue der Großhandel und er habe deswegen schon den Anbau von bestimmten Gemüsesorten eingestellt. „Aus Unsicherheit, dass ich den Preis bekommen, den ich verlangen muss“, sagt er.

Evi Ullrich-Friedrich aus Pleisweiler-Oberhofen bewirtschaftet einen Bio-Weinbaubetrieb mit zehn Hektar. Auch wenn es sie mit wenigen Tausend Euro nicht so hart trifft wie viele andere, tritt sie für die Bauern- und Winzer ein. „Die Einsparung wird an der falschen Stelle vorgenommen, Landwirtschaft ist wichtig“, sagt die Winzerin.

Markus Paul aus Steinfeld wäre gern nach Berlin gefahren, aber der Junglandwirt war auf dem elterlichen Hof beschäftigt. Auch er fordert, die Maßnahmen zurückzunehmen. „Die Landwirte haben schon genug Probleme“, sagt er. 170 Hektar bewirtschaftet die Familie. Ackerbau, Gemüse und Wein. Mit einigen Tausend Euro Mehrausgaben rechnet auch er. „Bei uns ist der Vorteil, dass wir ein gemischter Betrieb sind und jetzt auch einen eigenen Hofladen haben“, sagt Markus Paul. Denn die Preise zum Beispiel für Getreide seien seit 30 Jahren mehr oder weniger gleich geblieben, mit 15 bis 25 Euro pro Doppelzentner. Ganz im Gegensatz zu den Kosten.

Es herrscht Einigkeit, so unterschiedlich die Betriebe sind: Die Einführung der Kfz-Steuer muss wieder weg und die Agrardieselsubvention muss bleiben.

Krise der Autobranche bremst Autohaus

Das S&K-Autohaus im Norden Landaus steckt in einer Krise. Es will sich aus eigener Kraft herausarbeiten, sagt Geschäftsführer Boris Stadel. Seinen 40 Beschäftigten macht er Mut. Offenbar nicht ohne Grund: Kein Ritter, wohl aber ein Graf steht zur Rettung bereit.

VON SEBASTIAN BÖCKMANN

LANDAU. Das Insolvenzgericht Landau hat auf Antrag der S&K Automobile GmbH in Landau einem vorläufigen Insolvenzverfahren in Eigenverantwortung zugestimmt. Geschäftsführer Boris Stadel wird dabei unterstützt von Rechtsanwalt Christoph Glatt, einem Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht von der Kanzlei Schiebe und Kollegen in Mannheim. Beim vorläufigen Insolvenzverfahren in Eigenverantwortung bleibt die Geschäftsführung beim Unternehmen. Das bedeutet auch, dass keine Nachteile für die Gläubiger zu erwarten sind und der Antrag nicht aussichtslos ist – oder anders ausgedrückt: dass es Chancen zur Sanierung und Weiterführung des Unternehmens gibt.

Das von Boris und Diana Stadel gegründete Unternehmen S&K (früher Autohaus Kowalski) ist Vertragshändler für die Marken Hyundai, Seat und die sportliche Seat-Tochter Cupra und hat nach Stadels Angaben 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Ehepaar Stadel war mit seinem Unternehmen 2018 aus dem Horstring auf die Nußdorfer Heide gezogen, in einen sechs Millionen Euro teuren und 2300 Quadratmeter großen Neubau beim Kreisel an der nördlichen Stadteinfahrt Landaus.

Bei Insolvenzverfahren in Eigen-



Der große Neubau des Autohauses am nördlichen Stadteingang ist erst 2018 bezogen worden.

FOTO: IVERSEN

verantwortung bestellt das Gericht keinen Verwalter, wohl aber einen Sachwalter, der darauf achtet, dass das Verfahren korrekt läuft. Dies ist im Fall S&K vorläufig Rechtsanwalt Tobias Wahl aus Mannheim. Er sagte auf Anfrage, dass das Verfahren erst in einem ganz frühen Stadium sei, dass er aber gute Chancen für eine kurzfristige Weiterführung des Geschäftsbetriebes sehe, mittel- und langfristig auch, wenn ein Investor gefunden werde.

Stadel sagte gestern auf Anfrage, dass die Rahmenbedingungen im Automobillhandel seit Jahren schwierig seien: Nach der Pandemie habe es Liefererschwierigkeiten durch den zeitweise blockierten Suezkanal und dann durch den Ukraine-Krieg gegeben. Es sei schwierig, ausreichend Ware, also Fahrzeuge, zu

bekommen. Die gesamte Branche befinde sich im Wandel, und bei den anhaltenden Lieferschwierigkeiten seien größere Autohaus-Gruppen gegenüber einzelnen Autohäusern im Vorteil. Wie schwierig das Geschäft mit der E-Mobilität sei, habe das Wochenende gezeigt: Der Wegfall der Bafa-Prämie (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) für Elektrofahrzeuge „über Nacht hat jedem Käufer die Motivation genommen“, so Stadel. E-Fahrzeuge einschließlich Hybrid-Modellen hätten zuletzt etwa 50 Prozent der Verkäufe ausgemacht, bei reinen E-Modellen seien es 15 bis 20 Prozent gewesen.

Der Gebrauchtwagenhandel habe den Einbruch im Neuwagenhandel nicht ausgleichen können, weil zeitweise kaum Fahrzeuge zu bekom-

men gewesen und die Preise enorm gestiegen seien. Angaben zu Umsätzen und Umsatzeinbrüchen möchte Stadel nicht machen. Aber er betont, dass die Löhne aller Mitarbeitenden bis Ende Februar gesichert seien und dass er aufgrund laufender Gespräche mit Investoren sehr zuversichtlich für den Fortbestand des Autohauses sei. Derzeit würden alle Prozesse geprüft, „um wieder profitabel zu werden“. Änderungen bei den Marken seien nicht geplant.

Einen kleinen Hinweis auf einen möglichen Investor gibt es auf der Homepage des Unternehmens, wo bei den Mitarbeitern auch ein Graf von Hardenberg genannt wird. Tatsächlich findet sich auf der Homepage des Bundeskartellamtes ein Eintrag mit Freigabe durch die Behörde, wonach die Unternehmens-

—ANZEIGE—

RÄUMUNGSVERKAUF
40% * AUF ALLES

SEAT & MORE

KANDEL

*AUSGENOMMEN REDUZIERTE TEILE

gruppe Graf Hardenberg bei der Unternehmensgruppe S&K Automobile einsteigen will und darf. Das passt zu Stadels Aussage, dass sich größere Gruppen leichter tun.

Die Graf-Hardenberg-Gruppe ist mit über 1600 Beschäftigten an 17 Standorten ganz überwiegend in Baden-Württemberg, aber auch Rheinland-Pfalz aktiv – in Landau (Porsche-Zentrum). Sie handelt nach eigenen Angaben mit Fahrzeugen der Marken Volkswagen, Volkswagen Nutzfahrzeuge, Audi, Skoda, Seat und Cupra (wie S&K), Porsche, Ford, Vespa und Harley-Davidson. Erst kürzlich war auch das BMW-Autohaus Vogel unter das Dach der Schweizerischen Emil Frey Gruppe geschlüpft.